

CDU Landesvorstand beschließt „Themen-Offensive“ zu Sozialsystemen

Zeller: CDU-Parteiarbeit - modern und brandaktuell

Auf seiner ersten Sitzung nach der Sommerpause hat der Landesvorstand der Berliner CDU einstimmig die Durchführung einer sogenannten „Themen-Offensive“ zur Zukunft der sozialen Sicherungssysteme beschlossen. Mit einer neuen Organisationsform zur politischen Willensbildung sollen dabei alle Parteimitglieder sowie fachlich interessierte Nicht-Parteimitglieder aus Berlin in die inhaltliche Diskussion im Vorfeld des kommenden CDU-Bundesparteitages im Dezember eingebunden werden. Im Sinne des jüngst vom Bundesvorstand beschlossenen Papiers „Bürgerpartei“ sei dies ein konsequenter Schritt des Berliner Landesverbandes zur Reform der Parteiarbeit, so der Berliner CDU-Landesvorsitzende, Joachim Zeller.



Joachim Zeller: „Wir wagen in der Berliner CDU ein Experiment, kurzfristig einen offenen

Meinungsbildungsprozess zu einem brandaktuellen Thema zu organisieren und aus der Breite der Mitgliedschaft und der interessierten Bevölkerung an die Spitze der Partei zu kommunizieren. Parteien haben die gesetzliche Aufgabe, die aktive Teilnahme der Bürger am politischen Leben zu fördern und eine ständige lebendige Verbindung zwischen Volk und Staat zu sein. Hierzu wollen wir in Berlin einen zeitgemäßen Beitrag leisten.“ Für eine große Themenveranstaltung im Herbst werden aus allen Gliederungen der Parteibasis sogenannte „Themen-Vertreter“ gewählt, die dann auf Landesebene eine entsprechende Resolution zu den Bereichen Arbeitslosigkeit,



Gesundheit, Rente sowie Pflege erarbeiten und verabschieden. Pro 20 Mitglieder entsenden alle Orts- und Kreisverbände der Berliner CDU hierfür einen „Themen-Vertreter“. Mindestens ein Drittel der von der Parteibasis entsendeten „Themen-Vertreter“ müssen sachverständige Nicht-Parteimitglieder sein. Die Aktion wird für alle gewählten „Themen-Vertreter“ zur fachlichen

Unterstützung durch Informationsveranstaltungen des Forums „Gesundheit und Soziales“ und durch eine spezielle Internet-Plattform begleitet. Im Ergebnis der „Themen-Offensive“ wird der CDU Landesverband Berlin seine inhaltlichen Anträge für den bevorstehenden Bundesparteitag, am 1. und 2. Dezember 2003 in Leipzig stellen.



CDU-Generalsekretär Gerhard Lawrentz

Ein Angebot für Interessierte: Jetzt mitmachen - Politik gestalten

Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland misst den Parteien die Rolle zu, an der politischen Willensbildung des Volkes mitzuwirken. Das Parteiengesetz konkretisiert diese Rolle auf eine „dauernde oder für längere Zeit“ angelegte Einflußnahme auf die politische Willensbildung. Dies wird durch einen Aufgabenkatalog definiert, der von den Parteien unter anderem die Förderung der aktiven Teilnahme der Bürger am politischen

Leben sowie eine ständige lebendige Verbindung zwischen dem Volk und den Staatsorganen fordert.

Genau das wollen wir als Berliner CDU tun. Wir bieten allen interessierten Bürgern an, in einer entscheidenden Phase der Politik aktiv mit ihrem beruflichen Sachverstand oder als Betroffene an einer wichtigen Diskussion teilzunehmen und direkt die politische Willensbildung einer großen Partei zu beeinflussen. Machen sie mit, als „Themen-Vertreter“ für die Diskussion über die Zukunft unserer sozialen Sicherungssysteme in Deutschland.

Es geht um Arbeitslosigkeit, Gesundheit, Rente und Pflege. Und so geht's: Wenn sie nicht Mitglied einer Partei sind und fachliches Interesse an den aktuellen Themen haben, können sie zeitlich befristet als „Themen-Vertreter“ an der Diskussion über die Zukunft

oder schicken sie an die Berliner CDU. Sie werden dann zur Themenveranstaltung in ihrem Bezirk eingeladen, können sich dort aktiv an der Diskussion beteiligen und als offizieller „Themen-Vertreter“ für die Berliner Schlussveranstaltung wählen lassen. Dort entscheiden sie direkt mit über die inhaltliche Position des Berliner CDU-Landesverbandes. Wenn sie es nicht anders wünschen, endet ihr Engagement in der Union Anfang Dezember 2003 - zum Zeitpunkt des CDU Bundesparteitages in Leipzig.



Niocolas Zimmer: TUN, WAS BERLIN NUTZT!

HAUSHALT HEISST SPAREN UND INVESTIEREN

Die Diskussion um den Landeshaushalt in Berlin dreht sich aus Sicht des Senats um die Reduktion, also die Verringerung des Haushaltsumfanges von über 20 Milliarden Euro insgesamt. Dabei stellt sich zunächst die Frage, was mit dieser Strategie gewonnen werden kann: Es ist nicht möglich, die Einnahmen in gleicher Höhe zu erzielen, wenn die für die Stadt, deren Bürger und Unternehmen notwendigen Ausgaben, insbesondere Investitionen, nicht mehr gemacht werden, und damit die Attraktivität für Arbeitgeber, Selbständige und einkommensstarke Familien sinkt. Mit deren Weggang werden auch Berliner Arbeitsplätze und damit Steuereinnahmen abgebaut.



und eine gezielte Verbesserung der arbeits- und informationstechnischen Rahmenbedingungen kann diese gewonnen werden.

Es gibt einen Mindeststandard an öffentlichen Leistungen in Deutschland, beispielsweise im Bereich der sozialen Transfers, die dem Anspruchgrund und der Höhe nach nicht durch den Landesgesetzgeber beeinflussbar sind. So lange hier im Verhältnis Bund und Länder nicht eine Neuordnung stattfindet, gibt es nur einen Weg, diese Aufwendungen abzusenken: Die Anzahl der Anspruchsberechtigten zu verringern, verbunden mit einer Stärkung der individuellen Leistungsfähigkeit. Daher ist es Zeit, das erste Postulat der Haushaltspolitik aufzustellen: Fiskalpolitik ist kein Selbstzweck. Das bedeutet, dass ihr Sinn nicht im kreativen Rechnen mit Zahlen besteht, sondern in der Bereitstellung von finanziellen Ressourcen. Und dies führt gradewegs zum zweiten Postulat: Haushaltspolitik muss einen Nutzen haben, und dies gilt auch für alle anderen Politikfelder. Ob dieser Nutzen erbracht wird, oder nicht, lässt sich messen:

Hat eine haushaltspolitische Maßnahme eine positive Auswirkung auf die Attraktivität der Stadt, dann nutzt sie Berlin, damit auch den Berlinerinnen und Berlinern, und das lohnt sich für alle Beteiligten. Mit der Konzentration auf die positive Entwicklung Berlins werden andere Ausgaben zukünftig wegfallen müssen, aber auch können. Der teilweise beträchtliche Aufwand zu Finanzierung von Konsum und zur Aufrechterhaltung von Mittelmäßigkeit ist besser investiert in die Fortentwicklung unserer Stärken und die Erschließung neuer Potentiale. Dabei gilt der Grundsatz: Konzentration auf das Wesentliche. Und dieser findet seine Anwendung auf die öffentliche Verwaltung, die öffentlichen Unternehmen und die staatliche Sozialhilfe. Offensichtlich kann es bei dem derzeitigen Einsatz der zur Verfügung stehenden Mittel nicht bleiben, da sich diese Verteilung als ineffizient erwiesen hat.

KIDS-TOUR 2003 Die Jan Ullrichs von morgen

Kleine ganz groß. Die 11. Internationale kids-tour 2003 mit über 250 Radrennfahrern aus 10 europäischen Ländern wird zum Ende ihrer Dreitages-Rundfahrt in Berlin abgeschlossen. Den Startschuss gibt der Vorsitzende des gemeinnützigen TOGETHER e.V., der CDU-Bundestagsabgeordnete Siegfried Helias. Das größte Rennen dieser Art startet am Sonntag, dem 24. August, um 10.00 Uhr am Kurfürstendamm Ecke Schlüterstraße.



CDU forum Gesundheit und Soziales Zukunft der sozialen Sicherungssysteme Auftakt zur Themen-Offensive Diskussionsveranstaltung mit Andreas Storm MdB Donnerstag, 04.09.2003, 19.30 Uhr Foyer der CDU-Bundesgeschäftsstelle Klingelhöferstraße 8 - 10785 Berlin

Registration form for 'Themen Offensive' with fields for name, address, phone, and checkboxes for interest in 'Arbeitslosigkeit', 'Gesundheit', 'Pflege', and 'Rente'.